



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XI/49 - 28. Februar 1956

B O N N, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vor zehn Jahren in Berlin	S. 1
Saarpolitik schafft Komplikationen	S. 3
Gesetzeskommentator und Staatssekretär, v. d. B., Ritzel	S. 5
IHK - Münster und die Presse	S. 8

Am 1. März 1946

errang die SPD den entscheidenden Sieg in der Schlacht um die Freiheit
Berlins

Am 1. März 1946, einem Freitag, hatte der Bezirksvorstand der Berliner SPD - die Partei war dort am 17. Juni 1945 neu gegründet worden - die Funktionäre zu einer Versammlung in den Admiralspalast auf 9 Uhr morgens zusammengerufen. Trotz der ungewöhnlichen Stunde war der grosse Raum lange vor Beginn überfüllt. Otto Grotewohl, damals Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD in der Sowjetzone und Berlins, hielt ein Referat über "Einheit der Werktätigen - Einheit Deutschlands". Zweck der Veranstaltung war, die Funktionäre der SPD für die für Ende April vorgesehene Verschmelzung mit der KPD zu gewinnen.

Dieser Versuch scheiterte kläglich. Fünf Sechstel der Anwesenden sprachen sich gegen diese Vereinigung aus. Sie nahmen eine Entschliessung an, nach der die Mitglieder der Berliner SPD in einer Urabstimmung selbst über diese Frage entscheiden sollten. Die Entschliessung war ausgearbeitet worden und wurde eingebracht von dem damaligen Vorsitzenden des Kreises Berlin-Reinickendorf, Franz Neumann, der in der vordersten Reihe der Kämpfer gegen die Verschmelzung mit der KPD stand. Grotewohl und Fechner, die mit starkem Anhang, darunter einem grossen Aufgebot von sowjetischen Offizieren, im Admiralspalast erschienen waren, kamen in dem festen Willen, eine solche Urabstimmung, von der man wusste, dass sie beabsichtigt war, zu verhindern. Jedermann war sich klar darüber, dass, wenn es zur Urabstimmung kommen würde, das Ergebnis nur ein Nein zur Verschmelzung mit der KPD sein würde.

Da die sowjetische Besatzungsverwaltung auf Betreiben des Zentralausschusses in den acht Ostkreisen die Durchführung der Urabstimmung im letzten Augenblick verhinderte, fand diese am 31. März nur in den zwölf Westkreisen statt. Von den abgegebenen fast 24 000 gültigen Stimmen entschieden sich nicht ganz 3000 für den sofortigen Zusammenschluss

beider Parteien, während sich 13.500 gegen die Vereinigung aussprachen. Das waren 82 Prozent aller gültigen Stimmen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass auch in den acht Ostkreisen die Unabstimmung, hätte sie nicht stattfinden können, zu keinem anderen Ergebnis geführt hätte. Gerade deshalb wurde sie ja von den Sowjets verboten.

Zehn Tage vor dieser Versammlung war auch zum ersten Mal seit seiner Entlassung aus dem KZ Kurt Schumacher, der Führer der westdeutschen Sozialdemokratie, in Berlin gewesen. Er war von Beginn an ein entschiedener Gegner jeder Art von Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Jetzt wies er offen auf die Schwierigkeiten hin, die die Berliner Partei haben würde, wenn sie sich zur absoluten Selbständigkeit bekannte. Die Entscheidung müsste sie freilich selbst treffen. Fiele sie gegen die Verschmelzung aus, könnte sie jeder möglichen Unterstützung durch die westdeutsche SPD sicher sein.

Die Gegenseite hat genau gewusst, wie bestimmend die politische Haltung der Berliner Arbeiterschaft für das Schicksal der ehemaligen deutschen Hauptstadt sein würde, darüber hinaus mit wichtigsten Ausstrahlungen auf Westdeutschland. Sie hatte deshalb, bevor sie am 1. März 1946 ihre schwere Niederlage einstecken musste, die äußersten Anstrengungen gemacht, ihr Ziel, die Verschmelzung der SPD mit der KPD, zu erreichen. Schon am 6. Juni 1945 hatte Marschall Schukow die Zulassung "antifaschistischer demokratischer Parteien und Gewerkschaften" verkündet. Die KPD wurde von Beginn an auf jede Weise begünstigt. Zwei Tage später schon konnte sie z.B. eine eigene Zeitung herausgeben, die von den Sowjets mit Papier, Druckmaschinen und allen anderen erforderlichen Dingen großzügig ausgestattet wurde. Als aber der Aufruf zur Gründung der SPD wenige Tage später durch Rundfunk bekanntgegeben werden sollte, lehnte dies der Berliner Sender ab, in dem allein Kommunisten zu bestimmen hatten. Dies nur als kleine Beispiele einer in jener Zeit täglichen Erscheinung.

Mit der am 1. März beschlossenen und am 31. März durchgeführten Unabstimmung hatte die Berliner SPD ihre Selbständigkeit gegen den Plan, sie mit der KP zu verschmelzen, durchgesetzt. Berlin blieb dadurch vor dem Schicksal, von den Kommunisten und von den Sowjets erobert zu werden, bewahrt. Am 7. April 1946 konstituierte sich die neue selbständige SPD in der Volkshalle in Zehlendorf und löste sich endgültig von der Grobwohlgruppe. Heute, zehn Jahre später, nachdem auch der Freiheitskampf Berlins gegen die russische Bedrohung während der Blockade 1948/49 erfolgreich bestanden ist, kann man erst die ganze Tragweite der damaligen Vorentscheidung ermessen. Von jener Zeit an hat der Kommunismus in Berlin niemals mehr eine Chance gehabt, im Grunde in beiden Teilen der Stadt nicht, denn wird von niemanden ernsthaft bestritten, dass gerade auch Ostberlin den in der SED verkörperten Kommunismus eine vernichtende Absage erteilen würde, wenn es die Möglichkeit zu einer freien Meinungsäußerung hätte.

Wenn Pineau nach Bonn kommt

b.v. Paris

Zahlreiche Politiker der extremen Rechten und der extremen Linken freuen sich auf den Besuch, den Außenminister Christian Pineau am 3. März in Bonn abstatten will. Jedermann weiss, dass das Hauptthema, um das es dabei gehen wird, "die Saar" heisst, und jedermann weiss, dass bei den entsprechenden Unterhaltungen, die in Paris um den 20. Februar stattfanden, praktisch nichts herauskam. Tatsächlich kann man nur von Unterhaltungen sprechen, denn zu wirklichen Verhandlungen kam es nicht. Was Frankreichs ultra-rechts und ultra-links eingestellte Politiker dabei erfreut, ist die Versteifung der Fronten. Denn die Saarfrage ist eines der Hindernisse, über das die Regierung des Sozialisten Mollet stürzen kann.

Wahrscheinlich tut man gut, sich die französische Situation in Bezug auf die Saarfrage vor Augen zu führen, ehe Pineau in Bonn auftaucht. Es ist, unleugbar, eine recht verzwickte Situation, und sie wäre verzwickter und gefährlicher auch dann, wenn die Regierung nicht in so hohem Masse von guten Willen der nicht im Kabinett vertretenen Parteien abhängt, wie es nun einmal der Fall ist.

Die Leute, die in Frankreich das Tun der Regierung scharf beobachten, unterscheiden in der Saarpolitik zwischen einer faktischen und einer juristischen Seite. Die faktische sehen sie darin, dass bei dem jüngsten Referendum die Saarbevölkerung ihren Wunsch verdeutlicht hat, das Land der Bundesrepublik anzuschliessen, und dass Frankreichs damalige Regierung, wie auch die jetzige, geneigt ist, diesem Wunsche zu entsprechen. Die juristische Seite ergibt sich für sie aus der Fragestellung des Referendums. Die Frage lautete, ob die Bevölkerung den augenblicklichen Zustand beibehalten sehen will oder eine "Europäisierung" vorzieht; die Frage eines Anschlusses an die Bundesrepublik stand bekanntlich nicht zur Debatte. Da die Europäisierung abgelehnt wurde, kann formalrechtlich erklärt werden, dass demnach der bestehende Zustand in Kraft bleibt.

Paris beruft sich auf Adenauer

Die französische Auffassung geht dann weiter: Frankreich will diesen juristischen, formalen Standpunkt unberücksichtigt lassen, falls ihr wirtschaftliche Rechte im Saarland eingeräumt werden oder seinen wirt-

schaftlichen Wünschen entgegengekommen wird. Die Begründung hierfür wird darin gesehen, dass sowohl Washington wie London den wirtschaftlichen Anschluss der Saar an Frankreich als Ersatz für Reparationen guthiessen, und dass Bundeskanzler Dr. Adenauer noch vor 18 Monaten diese Auffassung der Westmächte respektierte.

Der Regierung Guy Mollet und ihrem Aussenminister Pineau wurde nun nach den "Unterhaltungen" vom 20. Februar der Vorwurf gemacht, sie habe sich auf Verhandlungen mit falscher Basis eingelassen, denn die deutsche Seite täte so, als wäre das französische Aufgeben des formaljuristischen Standpunktes eine Selbstverständlichkeit, während die deutsche Gegenleistung auf wirtschaftlichem Gebiet durchaus keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Freundlichkeit sei.

Sozialistische und radikale Politiker in Paris suchten und fanden Gelegenheit, die Verwickeltheit dieser Situation sowohl amerikanischen wie britischen Diplomaten und Parlamentariern zu schildern. Sie unterstrichen, dass Frankreich grosses Interesse daran habe, die Saarfrage so schnell wie möglich zu liquidieren, dass sich aber die Regierung nicht auf einseitige Lösungen einlassen könne - selbst wenn sie dies wollte. Denn fraglos würde ihr die Opposition hieraus einen Strick drehen, und die Gefahr eines Sturzes wäre in unmittelbare Nähe gerückt.

Ein Sturz könnte freilich vermieden werden, wenn man den Herzenswunsch der KP erfüllte und endlich die von ihr so ersehnte Volksfront-Regierung schüfe. Niemand wird annehmen, dass eine solche Konstellation den Geschmack der Westmächte entsprechen könnte, so dass es in ihrem Interesse liegen müsste, alles zu tun, um dem Kabinett Mollet gefährliche Situationen zu ersparen. Es ist aber auch denkbar, dass bei Ablehnung des Volksfront-Ausweges an die Stelle der heutigen Links-Koalition eine Rechts-Koalition träte, die zwar vielleicht den Westmächten begrüssenswert erschiene, die aber zweifellos in der Saarfrage den juristischen Standpunkt viel kräftiger verträte als die heutige, gemässigte Regierung.

Auf der Suche nach dem Kompromiss

Unter solchen Umständen ist zu erwarten, dass Aussenminister Pineau zwar gewillt sein wird, in Bonn Konzessionen zu machen, dass jedoch jeder Kompromissvorschlag abgelehnt werden wird, der vor dem Parlament nicht vertretbar wäre. Denn auf einen solchen Vorschlag wartet die Rechte und wartet die extreme Linke. Pineaus Aufgabe ist gewiss nicht leicht zu lösen. Daher ist es begreiflich, dass er nur einen Tag in Bonn zu bleiben gedankt, und vermutlich wird wiederum nicht im eigentlichen Sinne verhandelt werden, sondern jede Seite wird darlegen, welche Art von Kompromiss ihr erstrebenswert erscheint. Die extreme Rechte freilich scheint noch eine weitere stille Hoffnung zu haben: Sie hofft, dass die Saarregierung die Geduld verliert und anfängt, renitent zu werden oder gar auf die Idee kommt, selbst Entscheidungen zu treffen. Dann nämlich könnte die Rechte ihren beliebten Ruf nach einer Politik der Kraft und Stärke erschallen lassen. Sie liebt keine Kompromisse, besonders wenn andere sie schliessen.

Das Unvereinbare in Herrn Globke

Fragen - auch an den Herrn Bundeskanzler

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Der Vorsitzende der Freien Demokraten, Bundestagsabgeordneter Dr. Dehler, hat in einer Wahlrede auf die unheilvolle Rolle hingewiesen, die Personen in unmittelbarer Umgebung des Bundeskanzlers auf diesen wie auf die Führung der Politik ausüben. Er hat dabei den Namen des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke, genannt.

Globke ist, zusammen mit dem damaligen Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart der verantwortliche Kommentator der Hitler-Gesetze (Reichsbürgergesetz vom 15.9.35; Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.35; Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz) vom 18.10.35). Der Kommentar ist in Buchform 1936 in der Verlagsbuchhandlung C.H.Beck in München erschienen. Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, dass der Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen kaum noch irgendwo zu erhalten sei. Tatsache ist, dass es sehr schwer oder fast unmöglich ist, diesen Kommentar zu erreichen.

Die Renazifizierung, die in vielen Fällen in der Bundesrepublik zu beobachten ist und gewisse Ereignisse - so der rohe Einbruch in die Synagoge der jüdischen Gemeinde von Düsseldorf, wo selbst vor den Gebetsrollen der Gemeinde nicht Halt gemacht worden ist - zwingen dazu, der geistigen Begründung dieser verhängnisvollen Entwicklung in der Bundesrepublik nachzugehen.

Es war mir möglich, den Kommentar, für den der Staatssekretär des Bundeskanzlers verantwortlich zeichnet, in diesen Tagen durchzuarbeiten. Vielleicht ist es nützlich, der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, was Geistes Kind der engste Berater des Herrn Bundeskanzler ist.

Dr. Hans Globke schrieb in seinem Kommentar auf Seite 7:

"Die Grundlage des deutschen Volkes bildet die nordische Rasse."

"Da der Blutwert eines Volkes durch die dem Volke seine Eigenart verleihende Rasse bestimmt wird, ist die Reinerhaltung und Erhöhung des Blutwertes nur durch Rassenpflege möglich."

Der Mann, der der engste Mitarbeiter des Bundeskanzlers ist, bekannte sich zu der Auffassung (Seite 13):

"Das rassistische Denken des Nationalsozialismus bedeutet ferner eine Abkehr von dem liberalistischen Grundsatz von der Gleich-

keit aller Menschen."

Als Beamter der Bundesrepublik Deutschland aber hat er einen Eid geleistet auf das Grundgesetz, dessen Artikel 1 bestimmt:

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit der Welt."

und in Artikel 3 bestimmt das auch von Herrn Globke beschworene Grundgesetz:

"Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."

Aber früher kam Dr. Globke, der Vertrauensmann des Bundeskanzlers, zu der Erkenntnis: (Seite 16)

"Die Fähigkeit, Träger eines öffentlichen Amtes, Arzt, Rechtsanwalt, Patentanwalt, Steuerberater usw. zu werden, den deutschen Grund und Boden als Erbhöfbauer zu besitzen und zu bebauen, zum Ehrendienst am deutschen Volke, wie Wehrdienst und Arbeitsdienst, zugelassen zu werden, am kulturellen Leben Deutschlands mitzugestalten, d.h. Kulturkammermitglied, Schriftleiter, Künstler, Theaterleiter usw. werden zu können, oder auf deutscher Schulen und Hochschulen Erziehung, Bildung und Formung zu erhalten, hängt von der Zugehörigkeit des einzelnen zu den blutmässig verschiedenen Gruppen ab."

Das Grundgesetz schützt die Individualität des Einzelmenschen, wie das Grundgesetz wörtlich sagt:

"Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmässige Ordnung oder das Sittengesetz verstösst."

Herr Globke aber sagte in seinem Kommentar (Seite 21):

"Der individualistischen Denkweise entsprach es, den Inhalt der Staatsangehörigkeit, abgesehen von einigen wenigen Untertanenpflichten, wie der Wehrpflicht, in einem Strauss von Rechten zu sehen, den sogenannten Staatsbürgerrechten, die sich im wesentlichen gegen den Staat richteten. In jeder Verfassung spielten daher die sogenannten Grundrechte eine hervorragende Rolle, so im besonderen auch in der Weimarer Verfassung. Vor allem aber wurde der Grundsatz der Gleichheit aller auf das peinlichste gewahrt. Stets waren die Rechte und Pflichten für jeden Staatsangehörigen die gleichen. Auf seine Blutzugehörigkeit insbesondere kam es nicht an. Eine völkische Grundlage für die Staatsbürgerschaft gab es nicht. Die Frage nach der völkischen Zugehörigkeit des einzelnen

Staatsangehörigkeit wurde nicht gestellt.

Der Unbruch in der Staatsauffassung hat zwangsläufig Begriff, Wesen und Inhalt der Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft gewandelt."

Entsprechend fällt die Begriffsbestimmung für die seinerzeitige Trennung des deutschen Volkes in "Reichsbürger" und "Staatsangehörig" aus - auf den Seiten 25/26 und 53.

Dass das nationalsozialistische Denken noch tief in einem Teil unseres Volkes verwurzelt ist, ist nicht zuletzt die Schuld der Kommentatoren nationalsozialistischer Rassengesetze. Aber diese Gesetze bezogen sich ja nicht nur auf rassische Verschiedenheiten und auf unsere jüdischen Mitbürger, sondern auch auf alle die, die den Mut hatten, dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat Widerstand zu leisten. Man fragt sich: Wie kann ein Mann, der sich so nachdrücklich und bereit und im Grunde auch ohne Drohung und Zwang für diese ganz besonders brutalen und Verderben bergenden Hitler-Gesetze einsetzte, mit seinem Eid heute die grundgesetzliche Garantie der Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses vereinbaren?

Diesem Mann ist u.a. die Entscheidung über die Milliardenträge der Geheimfonds anvertraut, über die der Bundeskanzler ohne Kontrolle des Parlaments verfügt.

Es ist an der Zeit, dass sich der Deutsche Bundestag mit dem Problem Globke und den sich daraus ergebenden Fragen befasst und die rechte Antwort findet.

Was sagt der Herr Bundeskanzler zu diesen Fragen, welche Antwort können wir erwarten?

+ + +

Publizität mit Maulkorb

-o-. Wirtschaft und Wirtschaftsverbände behaupten recht häufig, sehr publikationsfreudig zu sein. Sie führen als Beispiel ihre zahlreichen Schriften mehr propagandistischen Inhalts an, Traktätchen aller Art, die den politischen Standpunkt der Verfasser und ihrer Auftraggeber nicht verleugnen können.

Das ist keine echte Publizität. Kann man bei Gesellschaften und Unternehmen, die alle wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen in ihren Veröffentlichungen zu verschleiern trachten, auch noch ein gewisses Verständnis dafür wegen der Wettbewerbssituation aufbringen, so hört dies aber auf, wenn Industrie- und Handelskammern ihre Verpflichtungen, die sie der Allgemeinheit gegenüber haben, derart eng begrenzen, wie das z.B. die Industrie- und Handelskammer Münster tut.

Diese hat bisher vierteljährlich den Zeitungen ausführliche Berichte über die wirtschaftliche Lage ihres Bezirks zur Verfügung gestellt. Nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer sollen jedoch Zeitungsmeldungen, die unter Berufung auf solche Lageberichte erschienen sind, zu unerfreulichen Auswirkungen für bestimmte Branchen oder Betriebe geführt haben, "weil Tatsachen ... unrichtig, tendenziös oder in aufgebauschter Form wiedergegeben wurden." Auf Grund dieser Veröffentlichungen wird die IHK Münster in Zukunft nun den Zeitungen ihre Berichte nur auszugsweise überlassen, wobei sie jedoch bestrebt sein will, die Auszüge so zu halten, dass sie "zur Verarbeitung zu interessanten Abhandlungen" geeignet bleiben.

Als Beweis für die Notwendigkeit ihrer Massnahmen führt die Industrie- und Handelskammer Münster die "Borkener Zeitung" an, die angeblich das von der IHK gelieferte Material zum Nachteil eines in Borken ansässigen Unternehmens publizistisch verwertet. Wieweit das möglich war, wollen wir hier nicht untersuchen, Pannen gibt es immer. Dass aber nach einem Vorkommnis von absolut nachgeordneter Bedeutung eine Industrie- und Handelskammer zu dem Fazit kommt, der Presse lediglich vorbereitete und auszugsweise Berichte zu übergeben, lässt keine guten Schlüsse auf die Art und Weise zu, wie man sich in Münster der Verpflichtung zu öffentlicher Berichterstattung zu entziehen gedenkt. Das Ganze ist nur ein Beweis mehr für die Dringlichkeit der Forderung, Arbeitnehmer in die Kammergremien zu delegieren, um die berechtigten Interessen der Öffentlichkeit wahrnehmen zu können.

+ + +

Verantwortlich : Peter Raunau